

Protokollauszug aus der

19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität vom 27.05.2021

öffentlich

**Top 3.9 Ortsumgehung OT Groß Glienicke
21/SVV/0265
vertagt**

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein. Er verweist auf zwei weitere Beschlüsse des Ortsbeirates dazu aus dessen Sitzung vom 16.2.2021:

Drucksache 20/SVV/1466:

„Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, zu beschließen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit geeigneten Mitteln für eine Ortsumgehung der B2 Ortslage Groß Glienicke, wie zum Beispiel im Stadtentwicklungskonzept Waldsiedlung vorgesehen, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen. Im Zuge der Vorbereitung des nächsten Verkehrsentwicklungs- sowie Bundesverkehrswegeplans sind entsprechende vorbereitende Arbeiten und ggf. Anträge in die Wege zu leiten. Im Zuge der Entwicklung Krampnitz sollen die dadurch möglicherweise entstehenden Worst Case Verkehrsströme nach Berlin berücksichtigt werden.“

und

Drucksache 21/SVV0159:

„Der Ortsbeirat Groß Glienicke bittet den Oberbürgermeister, Möglichkeit, Varianten und Auswirkungen des Baus einer Umgehungsstraße nördlich von Groß Glienicke vorzustellen und zeitliche Perspektiven für den Fall eines Baus zu benennen.“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert den aktuellen Prüfungsstand, bezogen auf den Beschluss des Ortsbeirates Groß Glienicke vom 16.2.2021, wonach Möglichkeit, Varianten und Auswirkungen des Baus einer Umgehungsstraße nördlich von Groß Glienicke vorgestellt und zeitliche Perspektiven für den Fall eines Baus benannt werden sollten (DS 21/SVV/0159). Eine Ortsumgehung könnte hier zwar den KfZ-Verkehr zwischen Potsdam und westlich der L20 und Berlin-Spandau binden, allerdings nicht die Quell- und Zielverkehre von Groß Glienicke. Aufgrund dessen würde der KfZ-Verkehr in der Ortslage von Groß Glienicke immer noch bei ca. 2/3 des Ausgangsniveaus liegen. Eine spürbare Entlastung ergebe sich nur dann, wenn die vorhandene Verbindung zwischen Groß Glienicke und Berlin unterbrochen wird und eine neue Trasse der Bundesstraße 2 entsteht. Für diese Entscheidung und Umsetzung ist jedoch nicht die Landeshauptstadt Potsdam zuständig, sondern die Länder bzw. der Bund, der hier voraussichtlich keine erhöhte Priorität sieht.

Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang bereits alles getan, was sie tun konnte. Von daher sei der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Kuppert verweist auf die angestrebte Verkehrswende. Mehr Straßen können hier nicht die Lösung sein.

Frau Schkölziger appelliert, diese Problematik nicht einfach wegzuschieben, dafür sei der ÖPNV an dieser Stelle nicht weit genug vorhanden.

Auch Herr Finken weist darauf hin, dass es künftig mehr Fahrzeuge geben wird, für die Verkehrswege nötig sein werden.

Herr Berlin erkundigt sich nach dem konkreten Verkehrsaufkommen an dieser Stelle.

Herr Niehoff geht auf die Nachfrage zum Verkehrsaufkommen ein. Im Ergebnis wird mit einer Zunahme des Verkehrsaufkommens durch Krampnitz gerechnet.

Herr Sträter beantragt die Zurückstellung des Antrags.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0